



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Machtverhältnisse im Mittelmeer. Da wir schon bei anderm Anlaß davon in den Grenzboten gesprochen haben, mag heute davon geschwiegen werden.

Endlich und sechstens mehren sich die Anzeichen, daß Zar Alexander III., der mit den Kriegsvorbereitungen zwar Ernst gemacht hat, aber den Krieg nicht will, nicht mehr Herr der Lage in Rußland ist. Der Hof, der bisher führte und die Schlagworte ausgab, steht heute unter dem Einfluß der in hohem Grade erregten öffentlichen Meinung, die nach all den Vorbereitungen nun auch einen greifbaren Erfolg verlangt, der sich mit Händen fassen, berechnen und abwägen läßt. Die Abschlagszahlungen, mit denen diese öffentliche Meinung zugleich befriedigt und doch auch wieder angestachelt wurde, die völlige Vernichtung der Selbständigkeit und Eigenart aller Grenzprovinzen, sind verbraucht. Das Zusammengehen mit Frankreich, das sich so langsam vorbereitete, ist endlich auch Thatsache geworden — nun fragt man, was nun?

Und da tritt sofort die orientalische Frage in den Vordergrund, das glühende Verlangen, die Scharte auszuweken, die sich Rußland durch seine ebenso treulose wie ungeschickte Politik in Bulgarien selbst geschlagen hat. Man will auf diesem Boden einen großen Erfolg erringen und glaubt fertig zu sein, ganz so archiprêt, wie andre Leute es auch zu sein glauben. Dabei ist jedoch insofern eine Wandlung zum Bessern eingetreten, als die Vorstellung doch arg erschüttert ist, daß der Weg nach Konstantinopel notwendig durch Berlin führen müsse. Erstens hat man sich überzeugt, daß es ein sehr dorniger Weg wäre, dann aber weiß man, daß der eigentliche Gegner nicht mehr Deutschland, sondern England ist. Und England glaubt man auch in Rußland nicht mehr fürchten zu müssen.

So ist die Lage. Der Leser mag sich selbst einen Vers drauf machen. Der Erkenntnis wird sich wohl niemand verschließen, daß, wenn auch die positiven, friedenerhaltenden Kräfte sehr stark sind, die negativen, die ihren Vorteil von einem Zusammenbruch des Bestehenden erwarten, jedenfalls nicht zu unterschätzen sind.



Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften



§ gewinnt mehr und mehr den Anschein, als ob die Gegensätze, die auf dem diesjährigen sozialdemokratischen Parteitage zwischen den Führern der politischen Bewegung und den Gewerkschaftern zu Tage getreten sind, für die sozialdemokratische Partei von noch größerer Bedeutung werden sollten, als die auf rein politischem Gebiet ausgefochtene Fehde mit dem staatssozialistisch angehauchten

Herrn von Bollmar. Dem oberflächlichen Beobachter, der sich darauf beschränkt, die Verhandlungen des Parteitag zu lesen, mag dies unglaublich erscheinen, und er wird zu der Annahme geneigt sein, daß es sich diesmal um einen rein persönlichen Streit zwischen Herrn Legien, der „Zentralsonne“ der Gewerkschaftsbewegung, und Herrn Muer gehandelt habe, während in dem Streite mit Herrn von Bollmar tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten seien. In Wirklichkeit liegt aber die Sache so, daß dem Streite mit Herrn von Bollmar nur dessen eigne Persönlichkeit, seine überlegne Bildung und die unerbittliche Logik seiner Gründe Bedeutung verlieh, während der Opposition der Gewerkschafter nicht die Persönlichkeit ihres Vertreters, sondern die allgemeine Mißstimmung Bedeutung verlieh, zu deren Organ sich Herr Legien gemacht hatte.

Wie tiefgehend diese Mißstimmung ist, beweisen jetzt die allerorten abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen, in denen für Legien Partei genommen und das Vorgehen Muers gegen ihn entschieden mißbilligt wird, und in denen der ganzen Parteileitung, Bebel eingeschlossen, der Vorwurf gemacht wird, daß sie es mit ihrer angeblichen Freundschaft gegenüber der Gewerkschaftsbewegung nicht aufrichtig meine. Namentlich in Hamburg, dem Mittelpunkte der Gewerkschaftsorganisation, dem Sitze des Gewerkschaftskartells, dessen Vorsitzender Legien ist, findet Versammlung auf Versammlung statt, in denen gegen die Art der Behandlung Legiens Resolutionen angenommen und der Parteileitung unter dem Beifall Tausender von Genossen über ihre einseitige Bevorzugung der politischen Agitation, über die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und über ihren Mangel an Aufrichtigkeit Dinge gesagt werden, die man vor wenigen Jahren noch für unmöglich gehalten hätte.

So wenig Berührungspunkte auch auf den ersten Blick die scheinbar ganz theoretische Meinungsverschiedenheit zwischen Herrn von Bollmar und den andern Parteigrößen mit der scheinbar nur praktischen Meinungsverschiedenheit zwischen Gewerkschaftern und Partei zu haben scheint, so nahe sind sie doch mit einander verwandt. Was Bollmar in der Studierstube logisch erkannt hatte, den innern Widerspruch und die Halbheit der Partei, die aus taktischen Gründen die Revolution zur Zeit verwirft und die Lage der Arbeiter in dem bestehenden Staate verbessern will, damit sie dadurch immer kampffähiger werden, die aber gleichwohl darauf hofft, daß die Lage der Arbeiter immer schlechter und schlechter werde, damit der große Kladderadatsch baldigst eintrete, der sie zur Herrschaft bringen soll, das haben Legien und Genossen in der praktischen Arbeit der Gewerkschaftsbewegung empfunden. Und was Bollmar dahin formuliert hat: „Die sozialistische Zukunftsgesellschaft kann nur das Ergebnis einer langamen organischen Entwicklung aus dem bestehenden Staate sein, und die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, diese Entwicklung durch ehrliche Mitarbeit in dem bestehenden Staate zu beschleunigen, nicht aber diese Mitarbeit als eine

nur taktischen Zwecken dienende unter dem Gesichtspunkte eines doch unvermeidlichen, plötzlichen Umsturzes zu betrachten," das sprechen die mitten im Leben stehenden Gewerkschafter praktisch damit aus, daß sie sagen: die Partei zeigt nicht das genügende Interesse an der Gewerkschaftsbewegung, es ist ihr nicht Ernst mit ihrer Unterstützung unsrer unmittelbar auf Verbesserung unsrer Lage gerichteten Bestrebungen; sie verstärkt den Glauben an einen baldigen Umsturz in der politischen Bewegung und vermindert, indem sie dies thut, das Interesse der Genossen an der gewerkschaftlichen Bewegung.

Die Veranlassung dazu, daß dieser Vorwurf jetzt erhoben wird, bildet die bedrängte Lage der Gewerkschaften, die seit der berücktigten Maiseier des Jahres 1890 mit einer immer mehr zunehmenden Gleichgiltigkeit der Fachgenossen zu kämpfen haben; aber es ist nicht wahr, was die Wortführer der Partei jetzt fortwährend behaupten: man habe die Gewerkschaftsbewegung gründlich verlassen und suche sich nun einen Prügeljungen, dem man die Schuld zuschieben wolle. Die Partei verdient vollkommen den Vorwurf, der ihr gemacht wird. In ihrer ratlosen Unentschlossenheit vermag sie sich weder ausschließlich für die gewerkschaftliche, noch für die politische Bewegung zu entscheiden. Sie fürchtet, daß, wenn sie sich von den Gewerkschaftern löst, ihr damit die — gottlob! — noch breite Masse der verständigen und nüchternen Leute verloren gehen werde, die die Zukunftspantastien wohl ganz hübsch finden, denen aber doch eine Verbesserung ihrer Lage in der Gegenwart wichtiger und praktischer erscheint, als der etwas unsichere Wechsel auf eine mehr oder weniger ferne Zukunft, und sie fürchtet andererseits, daß, wenn sie ihre ganze Kraft auf die positive Mitarbeit, d. h. im wesentlichen in die Gewerkschaftsbewegung verlegt, sie sich selbst ihrer propagandistischen Kraft berauben werde. Und doch heißt es hier: Entweder — oder.

Vor uns liegt ein Artikel des Hamburger Echos, der den Standpunkt der Partei treffend kennzeichnet, aber gerade deshalb mit besonderer Deutlichkeit zeigt, in welche Sackgasse man geraten ist. „Auf welchem Wege — heißt es da — können die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen die Macht der herrschenden Klassen mehr und mehr einschränken und schließlich ganz brechen und eine neue ökonomische Ordnung herbeiführen? Offenbar dadurch, daß sie der herrschenden Klasse den Apparat, womit sie ihre Klassenherrschaft aufrecht erhält, aus den Händen winden, daß sie sich der Gesetzgebung bemächtigen, daß sie politisch operiren. Und das gelingt ihnen eben dadurch, daß durch fortgesetzte Ausbeutung ihre Scharen immer mehr wachsen und sich eben zu dieser politischen Operation organisiren.“ Allerdings sei, fährt der Artikel fort, neben der politischen auch die gewerkschaftliche, unmittelbar auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gerichtete „Aktion“ gut und nützlich, aber doch nur innerhalb der bestehenden Gesellschaft, und auch dort nur in gewisser Richtung. Aber das dürfe nie vergessen werden, daß der Sturz des Kapitalismus

und die Sozialisierung der Produktionsmittel allein auf dem Wege der „politischen Aktion“ erfolgen könne.

Wir erwähnen diesen Artikel nicht deshalb, weil er etwas besonders neues enthielte, sondern weil er in gedrängter Kürze die von der Parteileitung seit der Ausscheidung der sogenannten Jungen eingenommene taktische Stellung richtig wiedergibt und zugleich den ungeheuern Widerspruch kennzeichnet, in den man mit sich selbst geraten ist.

Auf dem Marxschen Standpunkte stehend, wonach die soziale Umwälzung dadurch vor sich geht, daß die Schaar der Ausgebeuteten immer größer und größer wird, bis schließlich die gewaltige Überzahl der Ausgebeuteten die wenigen übrig gebliebenen Ausbeuter expropriert, erwartet die Partei den Sturz des Kapitalismus von der „politischen Operation,“ deren Anhänger durch fortgesetzte Ausbeutung beständig wachsen. Von dieser Ansicht aus müßte sie mit Notwendigkeit dazu gelangen, jede Bestrebung, die darauf ausgeht, der fernern Ausbeutung Einhalt zu thun, als reaktionär, d. h. als die ihr naturgemäß erscheinende Entwicklung aufhaltend und verzögernd zu verwerfen. So verwirft sie denn auch aus diesem Grunde die konservativen, auf Erhaltung des Mittelstandes gerichteten Bestrebungen. Aber — wunderbarerweise behandelt sie die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse anders. Obgleich auch diese darauf gerichtet ist, die Schaar der Ausgebeuteten zu vermindern, die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe immer widerstandsfähiger zu machen, verwirft die Partei diese in ihrem Sinne so durchaus reaktionäre Bewegung nicht nur nicht, sondern erkennt sie an, duldet sie nicht nur, sondern will sie angeblich sogar fördern.

Diese widersinnige Politik muß scheitern. Indem die Partei gleichzeitig die Ausbeutung mittels der gewerkschaftlichen Bewegung hemmen will, andererseits aber immer wieder erklärt, daß sie ihre Hoffnungen auf das weitere Umsichgreifen der Proletarisierung setze, gelangt sie an den Punkt, wo von denen, die die Gewerkschaftsbewegung fördern wollen, die Frage an sie gerichtet wird: Wohin willst du? Entweder ist dein Bestreben darauf gerichtet, daß die Lage der Arbeiter immer rat- und hoffnungsloser werde, und dann mußt du logischerweise der natürliche Feind der Gewerkschaftsbewegung sein; oder du bist ein Freund der Gewerkschaftsbewegung, und dann kannst und darfst du nicht gleichzeitig wünschen und erstreben, daß die Lage der arbeitenden Klassen fortschreitend hoffnungsloser werde.

Das ist die Frage, die, meist nur unklar empfunden und unbestimmt ausgesprochen, von den Gewerkschaftern an die Parteileitung gerichtet wird, und auf die zu antworten die Partei sich bisher nicht gemüßigt gesehen hat, weil sie nach keiner Seite hin Farbe bekennen mag. Wie kann man sagen — und es haben das in den letzten Wochen viele Anhänger der Gewerkschaftsbewegung ausgeführt —, man sei ein ehrlicher Freund der Gewerkschaftsbewegung, wenn

man in demselben Augenblicke prahlerisch verkündet, es müsse mit Naturnotwendigkeit in kurzer Zeit die soziale Umwälzung erfolgen? Werden sich dann nicht logisch denkende Leute sagen müssen, wozu sie sich eigentlich den Mühen der Gewerkschaftsarbeit aussetzen sollen, wenn es doch so wie so bald mit der heutigen Gesellschaftsordnung zu Ende ist und das neue Zeitalter der Sozialdemokratie demnächst anbricht?

Noch reicht der Einfluß Bebels und Liebknechts aus, viele Genossen über die wahre Lage der Dinge hinwegzutäuschen, noch empfinden selbst die selbständigern unter ihnen nur dunkel, wie man sie hinter's Licht führt, und hegen nur ein unbestimmtes Mißtrauen, ohne ihren Vorwurf scharf formuliren zu können. Aber die Erkenntnis der Thatsache, daß die Partei da nicht stille stehen kann, wo sie jetzt steht, nimmt zu.

Die Politik nach dem Sprichwort: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß, kann auf die Dauer nicht beibehalten werden; zwischen der Marx'schen Verzweilungstheorie und der gesunden und nüchternen Praxis der Gewerkschaftsbewegung liegt ein Abgrund, der mit dialektischen Kunststückchen nicht zu überbrücken ist. Die Partei muß sich entscheiden, ob sie die soziale Revolution weiter fördern oder ob sie sie durch Verbesserung der Lage der Arbeiter in dem bestehenden Staate, namentlich durch eine ehrliche Unterstützung der Gewerkschaften, hintanhaltend und mehr und mehr unmöglich machen will. Wenn sie den erstern Weg wählt, so werden sich die vielen verständigen Männer, die in der gewerkschaftlichen Organisation vereinigt sind und das Rückgrat der Partei bilden, von ihr zurückziehen, und sie wird, wenn auch vielleicht nach schweren innern Kämpfen, in das Nichts zurückgeschleudert werden, aus dem sie hervorgegangen ist. Wählt aber die Partei den letztern Weg, dann steht sie mit beiden Füßen auf dem Boden des bestehenden Staats, dann hat sie begonnen, ein gesundes und berechtigtes Glied im Staate zu werden. Wir wünschen im Interesse unsers ganzen Volks, insbesondere aber der Arbeiter selbst, daß die sozialdemokratische Partei dem Zuge nach rechts folge.

